

6
83

Union in Deutschland

Bonn, den 10. Februar 1983

Erfolg des Bundeskanzlers

Für jeden einen Ausbildungsplatz

In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 13. Oktober 1982 hat Bundeskanzler Helmut Kohl versichert, daß die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Schaffung von genügend Ausbildungsplätzen für junge Menschen eine zentrale Aufgabe der neuen Regierung der Mitte sein wird. Innerhalb weniger Wochen sind diesen Worten überzeugende Taten gefolgt, stellt Alfred Dregger fest.

Nach intensiven Beratungen von Bundeskanzler Helmut Kohl mit führenden Repräsentanten der deutschen Wirtschaft haben Hunderttausende von Jugendlichen wieder eine hoffnungsvolle Perspektive für ihre berufliche Zukunft. Mit ihrer Lehrstellengarantie für jeden ausbildungsbereiten und ausbildungsfähigen Jugendlichen dokumentiert die deutsche Wirtschaft ihr Vertrauen in eine berechenbare, auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft beruhende Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl als Garantie des wirtschaftlichen Aufschwungs. Verantwortungsvolle Kooperation mit der Wirtschaft zum Wohle junger Menschen ist an die Stelle von klassenkämpferischen Beschuldigungen und Drohungen mit Zwangsabgaben getreten.

(Fortsetzung Seite 2)

Noch
25 Tage
bis zur
Bundestagswahl

Wahlkampf-Telefon
(0228) 54 43 60

Heute im Wahlkampf

■ INFORMATIONEN

Das Nein der SPD zum Wahlkampfabkommen/Kehrtwendung des Mieterbundes/Das Horror-Programm der Grünen Seite 2—6
Die Zweitstimme ist entscheidend Seite 15

■ INVESTITIONEN

„Investitionsstreik“ — die SPD versucht, wieder Klassenkampf zu schüren Seite 7

■ GEWERKSCHAFTEN

Helmut Kohl versichert allen Arbeitnehmern: Auf die CDU ist Verlaß Seite 9

■ AUFSCHWUNG

Musterrede 3: Aufwärts mit Deutschland. Jetzt den Aufschwung wählen. grüner Teil
Der Aufschwung beginnt/Eine Dokumentation gelber Teil

Das Nein der SPD zum Wahlkampfabkommen

Zu der Weigerung der SPD, ein Wahlkampfabkommen zu unterzeichnen, erklärt CDU-Sprecher Wolter von Tiesenhausen: daß die SPD sich weigert, ein Wahlkampfabkommen zu unterzeichnen, das die Verpflichtung zur Wahrheit im Wahlkampf enthält, spricht für sich. Die CDU bekennt sich zur Wahrheit auch im Wahlkampf. Sie wird sich auch ohne Zustimmung der SPD an die Regeln halten, die der Bundestagspräsident vorgeschlagen hat.

Nachfolgend die von Generalsekretär Heiner Geißler vorgeschlagenen und von der SPD abgelehnten Ergänzungen des Wahlkampfabkommens (im Text halbfett):

„Die Parteien verpflichten sich, den Wahlkampf für die Wahlen zum Deutschen Bundestag in fairer und sachlicher Weise **und der Wahrheit entsprechend** zu führen. Diese Verpflichtung gilt insbesondere für die nachfolgend aufgeführten Tatbestände.

Die Parteien

- verzichten auf jede Art von persönlicher Verunglimpfung und Beleidigung **und die Verbreitung bewußter Unwahrheiten,**
- verzichten auf die Verbreitung von Behauptungen über andere Parteien, die geeignet sind, diese zu verunglimpfen und **den Wähler zu täuschen.“**

CSU und FDP hatten diesen Ergänzungen zugestimmt. Auch die von der FDP vorgeschlagene Schiedsstelle hat die SPD als einzige Partei abgelehnt.

(Fortsetzung von Seite 1)

Der SPD-Opposition fällt angesichts dieses großartigen persönlichen Erfolges des Bundeskanzlers nichts weiter ein, als die Lehrstellengarantie der Wirtschaft in schäbiger Weise in Frage zu stellen und zu versuchen, neue Zweifel bei den Jugendlichen zu säen.

Einzelheiten der Absprache des Bundeskanzlers mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft:

① Die Wirtschaft wird 1983 eine für alle Jugendlichen, die ausbildungsbereit und ausbildungsfähig sind, ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen anbieten. Sie wird dies in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern sowie der Bundesanstalt für Arbeit organisieren.

Dabei wird sie auch dafür sorgen, daß ggf. auch regionale Lücken im Ausbildungsplatzangebot durch Mobilisierung zusätzlicher Ausbildungsstellen geschlossen werden.

Die Wirtschaft wird daher über den geschätzten Bedarf von 655 000 Ausbildungsplätzen hinaus 30 000 zusätzliche Ausbildungsplätze verfügbar machen.

② Die Wirtschaft wird jungen Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung die Möglichkeit eröffnen, ein berufsorientiertes Jahr in Betrieben und überbetrieblichen Einrichtungen zu absolvieren.

Die Unternehmen werden sich an der Einrichtung solcher einjähriger Qualifizierungsstellen auf freiwilliger Basis beteiligen und dadurch weder reguläre Ausbildungsplätze noch normale Arbeitsplätze ersetzen.

WAHLKAMPF- INFORMATIONEN

Kreditinstitute des Bundes fördern neue Arbeitsplätze

Die Kreditinstitute des Bundes, insbesondere die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Lastenausgleichsbank leisten einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung neuer und Erhaltung vorhandener Arbeitsplätze. Dies erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg unter Hinweis auf die in den letzten Wochen deutlich lebhaftere Kreditnachfrage bei beiden Anstalten.

Mit zinsgünstigen Krediten — mit festem Zinssatz für die gesamte Laufzeit von zehn Jahren — fördert die Kreditanstalt für Wiederaufbau insbesondere die Investitionstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Mit ihren inländischen Investitionskrediten hat sie 1982 insgesamt ein Investitionsvolumen von etwa 12 Mrd. DM mitfinanziert. Dadurch wurden Hunderttausende von Arbeitsplätzen gesichert und etwa 40000 neue geschaffen.

Eine sehr rege Geschäftstätigkeit verzeichnete die Kreditanstalt zuletzt auch bei der Exportfinanzierung. Das Volumen stieg um 0,8 Mrd. DM auf 3,8 Mrd. DM. Dieser Anstieg ist im wesentlichen auf die starke Zunahme der Zusagen in den letzten beiden Monaten des Jahres 1982 zurückzuführen.

Kehrtwendung des Mieterbundes

Unter dem Druck vieler Proteste hat der Deutsche Mieterbund neue Flugblätter über das Mietrecht veröffentlicht. Das

LIEBE FREUNDE!

Wir haben die besseren Argumente!

Ein überzeugendes Wahlprogramm und Argumentationsbroschüren zu allen zentralen Themen der Wahlkampfauseinandersetzung — von den Mieten bis zur Wirtschaftspolitik, von der Friedenssicherung bis zur SPD-Schlußbilanz —, das sind die Grundlagen für unsere Argumentation im Wahlkampf.

Für die Kurzinformation eignet sich besonders das Faltblatt „Schwerpunkte unserer Politik“. Wer, wo auch immer in den nächsten Tagen und Wochen ein politisches Gespräch führt, ist damit gut gerüstet.

Nun gilt es, unsere Argumente an den Mann und die Frau zu bringen. Dabei können wir selbstbewußt auftreten, denn die ersten Erfolge der Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl sind bereits für jeden sichtbar:

- Die Preise sind stabiler
- Die Mark steigt im Wert
- Die Zinsen sinken
- Es wird gebaut
- Die Wirtschaft faßt Tritt

Wir sind auf dem richtigen Weg.

Das zeigt unsere Dokumentation in UfD.

Diese Punkte müssen wir jetzt in jeder Rede, jedem Gespräch und jeder Publikation — ob Flugblatt oder Anzeige — den Wählern vor Augen führen.

Aufwärts mit Deutschland.
Jetzt den Aufschwung wählen.

Peter Radunski

(Peter Radunski)

Bundesbauministerium: „Statt Polemik endlich objektive Information.“

Neues Flugblatt: „Gegen den Willen des Mieters sind Staffelmieten bei bestehenden Mietverhältnissen unzulässig.“

Altes Flugblatt: „In Zukunft können Vermieter schon für 10 Jahre im voraus Mieterhöhungen festlegen. Kann der Mieter dann nicht mehr zahlen, fliegt er raus.“

Neu: „Bei bestehenden Mietverhältnissen muß der Mieter eine Auswechslung des alten Mietvertrages gegen einen neuen Zeitmietvertrag nicht zustimmen.“

Alt: „Vogelfrei sollen Mieter nach Ablauf eines Zeitmietvertrages werden.“

Neu: „Auch wenn der Vermieter besonders teure Vergleichswohnungen benennt, braucht der Mieter nur die ortsübliche Miete anzuerkennen.“

Alt: „Willkür droht, wenn der Vermieter mehrere Wohnungen besitzt. Er kann dann Mieterhöhungen bis zur teuersten selbstvermieteten Wohnung verlangen.“

Ins Schwarze

In einem Interview mit der „Bild-Zeitung“ (2. Februar 1983) wird Herr Dr. Vogel gefragt: „Und eine Koalition mit den Grünen...“ Vogel: „...ist unter den gegebenen Bedingungen ausgeschlossen.“ Die Antwort des Herrn Dr. Vogel könnte von einem mit allen Wassern gewaschenen Winkeladvokaten stammen. Sie schließt eine Koalition der SPD mit den Grünen nämlich keineswegs aus. Ändert sich auch nur eine der heute gegebenen Bedingungen, von denen keiner weiß, welche Herr Dr. Vogel gemeint hat, ist der Weg für ein Zusammengehen der SPD mit den Grünen frei. Herr Dr. Vogel wird dann später immer sagen können: ...ich habe eine Koalition mit den Grünen generell nicht ausgeschlossen.

MdB Ignaz Kiechle

Neu: „Der Vermieter darf nicht einfach 30 Prozent in 3 Jahren (oder 10 Prozent pro Jahr) verlangen, sondern nur die ortsübliche Miete.“

Alt: „Jahr für Jahr soll die Miete um 10 Prozent höher werden.“

Vertrauen auf Besserung ist gerechtfertigt

Zu den neuesten Arbeitslosenzahlen erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: Die Zahl der Arbeitslosen ist im Januar 1983 auf fast 2,5 Millionen gestiegen. Der erneute, starke Anstieg war allgemein erwartet worden — auch von der Bundesregierung. In der jetzt erreichten Rekordzahl wird das ganze Ausmaß der Arbeitsmarktkatastrophe sichtbar, die die alte, von der SPD geführte Bundesregierung hinterlassen hat.

Da helfen auch keine Beteuerungen, die SPD werde dies in Zukunft besser machen. Was der SPD vorher in vielen Jahren nicht gelungen ist, das wird sie auch jetzt nicht schaffen.

Demgegenüber ist Vertrauen in die neue Bundesregierung gerechtfertigt. Ihr Wirtschaftsprogramm beginnt zu greifen: Die Zinsen sinken; der Preisanstieg ist gebremst; die Bauanträge steigen sprunghaft; die Auftragseingänge nehmen zu; die Zahl der offenen Stellen beginnt wieder zu steigen; die Mittel für den Wohnungsbau und für die Förderung des Mittelstandes stehen bereit.

Der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Fehlentwicklung ist erreicht. Der Wiederaufschwung steht bevor. Wir können darauf vertrauen, daß dies zu einem späteren Zeitpunkt auch auf den Arbeitsmarkt positive Auswirkungen haben wird. Wegen der sehr ungünstigen Ausgangslage und dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins

Erwerbsleben wäre es aber unredlich, schon jetzt Hoffnungen auf eine rasche Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu wecken.

Das Schicksal der Arbeitslosen und ihrer Familien zwingt alle zu großen solidarischen Anstrengungen. Deshalb hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Tarifvertragsparteien eingeladen, sich gemeinsam mit der Bundesregierung an den runden Tisch wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung zu setzen.

Das Horror-Programm der Grünen

Eine rotgrüne Koalition wäre der wirtschaftliche Niedergang für unser Land. Wer dies nicht glaubt, werfe nur einen Blick auf das Horror-Programm der Grünen. Das ist nicht mehr unsere Demokratie, sondern wäre ein marxistischer Staat:

- Weitgehende Enteignung des Privateigentums,
- insbesondere Enteignung von Grund und Boden,
- Vergesellschaftung wichtiger Wirtschaftsbereiche,
- faktische Übernahme der Betriebe durch spontane Streiks, Betriebsbesetzungen und Gewaltanwendung,
- Durchsetzung sogenannter alternativer Produktionspläne in den Betrieben, das heißt, jeder bestimmt selbst, was er produzieren will.

Jeder Wähler muß sich der großen Bedeutung seiner Wahlentscheidung bewußt sein. Keiner soll nach dem 6. März sagen, erklärt MdB Michael Glos, die Konsequenzen einer rotgrünen Koalition seien ihm nicht deutlich gemacht worden: Wer SPD wählt, wählt die Grünen. Wer die Grünen wählt, der bringt sich selbst um seinen Arbeitsplatz oder seine Rente.

Anzeige: Kanzler-Initiative schafft 30 000 Ausbildungsplätze

„Kanzler-Initiative schafft 30 000 Ausbildungsplätze. Für jeden ist eine Lehrstelle da.“ Das ist die Schlagzeile der Anzeige, die am 10. Februar in allen regionalen Tageszeitungen, der FAZ, Welt, Handelsblatt, Zeit, Rheinischer Merkur und Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt erscheint. Die gleiche Anzeige folgt am 11. Februar in der Bild-Zeitung und am Sonntag, den 13. Februar in der Bild am Sonntag und Welt am Sonntag.

Der nächste Anzeigetermin ist den regionalen Tageszeitungen ist der 17. Februar, in der Bild-Zeitung der 18. Februar.

TV- und Hörfunkspots

ARD	11. Februar, 20.15 Uhr
ZDF	11. Februar, 19.21 Uhr
ZDF	15. Februar, 19.21 Uhr
ARD	16. Februar, 20.15 Uhr
ARD	19. Februar, 20.15 Uhr
NDR/WDR 1	14. Februar, 12.05 Uhr
	18. Februar, 18.25 Uhr
NDR 2	15. Februar, 14.55 Uhr
WDR 2	15. Februar, 11.55 Uhr
HR 1	11. Februar, 6.20 Uhr
	18. Februar, 6.20 Uhr
SWF 3	11. Februar, 13.06 Uhr
SDR 1	16. Februar, 19.27 Uhr
Deutschlandfunk	12. Februar, 18.30 Uhr
	17. Februar, 18.30 Uhr
ARD:	17. Februar, 20.18 bis 22.30 Uhr: Diskussion über Außen- und Sicherheitspolitik
ZDF:	19. Februar, 21.20 bis 22.30 Uhr: Jugend im Wahlkampf

Das doppelte Spiel des SPD-Kandidaten

Der SPD-Kandidat Hans-Jochen Vogel treibt ein doppeltes Spiel: er stellt sich vor die Berliner Mauer und demonstriert Kontinuität mit der Sicherheitspolitik Helmut Schmidts. Gefragt aber, ob eine von ihm geführte Bundesregierung zum NATO-Doppelbeschluß stehen würde, antwortet er nicht, sondern beruft sich auf die Münchener Beschlüsse der SPD, stellt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, fest.

.....

Lächerlich

Die „Rheinische Post“ schreibt unter der Überschrift (3. Februar 1983) „Lächerlich“: Eigentlich müßte ihnen vor der eigenen Propaganda bange werden. Aber die Sozialdemokraten schrecken nicht vor der Behauptung zurück, für den beklagenswerten Rekord von fast 2,5 Millionen Arbeitslosen sei die Bundesregierung von CDU, CSU und FDP mitverantwortlich, obwohl sie erst vier Monate im Amt ist. Daß auch so renommierte Fachleute wie der frühere Bundesfinanzminister Lahnstein und Professor Krupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in dieses Wahlkampfgetöse einstimmen, kann ihrem Ruf nur schaden.

Jeder Kundige weiß es, und jeder Laie sollte es wissen, daß Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine längere Anlaufzeit benötigen, bevor ihre Wirkungen sichtbar werden können. Das gilt auch für die Doppelstrategie zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Wiederbelebung privater Investitionen, die Bundeskanzler Kohl und seine Mannschaft nach dem Regierungswechsel vom 1. Oktober in erstaunlich kurzer Zeit eingeleitet haben.

Die stehen gegen den Beschluß und gegen Schmidtsche Sicherheitspolitik. Demnach ihnen entscheidet nicht die Allianz im Lichte der Verhandlungsergebnisse über Schritte zur Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts, sondern allein die SPD:

„... keine Stationierung auf deutschem Boden...“, bevor die SPD ihre Meinung festgelegt hat.“ (Ziff. B 13 des Beschlusses).

Alein die Partei also soll über unsere Sicherheit entscheiden; die Partei als Übergangsregierung nach Marx'schem Muster. Dann werden auch bis zum Wahltag in der Versenkung verschwundene Genossen — wie Eppler oder Lafontaine — wieder da sein, und Egon Bahr hat das Nein seiner Partei zur Stationierung unabhängig von den Ergebnissen der Genfer Verhandlungen bereits am 30. November 1982 angedeutet.

Gesicherte Rechtsbasis für Kleingärtner

Jetzt kann das neue Bundeskleingärtnergesetz in Kraft treten. Rund zwei Millionen Kleingärtner warten auf das am 1. April 1983 in Kraft tretende neue Bundeskleingärtnergesetz. Dieses Gesetz schafft den Kleingärtnern eine neue gesicherte Rechtsbasis, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Benno Erhard.

Auf Initiative der Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde unnötiger bürokratischer Aufwand bei Bestimmung des Pachtzinses, der Anerkennung gemeinnütziger Kleingärtnerorganisationen und bei der Kündigung von Verträgen beseitigt. Der Pachtzins darf höchstens das Doppelte von dem betragen, was vergleichsweise im erwerbsmäßigen Obst- und Gemüseanbau gezahlt wird.

OPPOSITION

„Investitionsstreik“ – die SPD versucht, wieder Klassenkampf zu schüren

Die SPD glaubt, ein neues Wahlkampfthema gefunden zu haben: „Investitionsstreik“. Es handelt sich freilich um einen besonders üblen Propagandatrick, der schon jetzt auf seine Urheber wie ein Bumerang zurückschlägt; denn die große Mehrheit der Deutschen, Arbeitnehmer wie Unternehmer, lehnt die alten Klassenkampfparolen entschieden ab. Die Antwort ist eindeutig: Die Bundesregierung will die wirtschaftliche Belebung jetzt. Deshalb will sie die Investitionskraft und Investitionsbereitschaft der Unternehmen stärken. Hierzu Bundeskanzler Helmut Kohl im ZDF (7. Februar 1983):

Bundeskanzler: Viele haben natürlich auch Angst, weil ja die SPD und Herr Vogel angekündigt haben, beispielsweise für den Fall, daß die dort einziehen würden, mit den Grünen im Bundestag zusammenarbeiten zu wollen oder aber die bisherigen Sanierungsbeschlüsse rückgängig zu machen. Das alles wird jedermann, der in der Wirtschaft Verantwortung trägt, nicht erfreuen, sondern ihn eigentlich eher ängstlich stimmen.

Frage: Hat das denn etwas mit Wahlen zu tun, investieren?

Bundeskanzler: Natürlich haben politische Entscheidungen — und Wahlen sind ja politische Entscheidungen — immer auch mit Investitionsentscheidungen zu tun. Wenn die Sozialdemokraten jahrelang die Belastbarkeit der Wirtschaft proklamiert haben, hat das natürlich Folgen ge-

habt. Jetzt führt eine Regierung, die nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder eine Öffnung für Leistungsbereitschaft geschaffen hat. Und das hat auch seine Folgen.

Aber ich glaube, wenn Sie etwa in die Bauwirtschaft hineinschauen, dann haben Sie ein Beispiel, daß ungeachtet des Wahltermins kräftig investiert wird. Und das ist ja das, was wir wollen: 100 000 neue Wohnungen bauen, 200 000 Bauarbeitern im Baugewerbe und Baunebengewerbe eine berufliche Chance geben. Das ist bereits jetzt in vollem Gange. Und ich bin dafür dankbar.

Frage: Und was raten Sie den Unternehmen, jetzt zu tun?

Bundeskanzler: Ich rate, so schnell wie möglich zu investieren, die ganze Kraft und den ganzen Optimismus, den sie aufbringen können, auf Zukunft zu setzen, die Gewißheit zu haben, daß wir alle, nicht nur die Unternehmer, die Arbeitnehmer genauso, jeder von uns an seinem Platz, einen Beitrag leisten, damit es wieder aufwärts geht.

Generalsekretär Heiner Geißler gab folgende Stellungnahme ab: Der beginnende Wirtschaftsaufschwung zum Beispiel im Wohnungsbau und in der Automobilindustrie ist ein positives und hoffnungsvolles Zeichen für die Wiederbelebung der gesamten Wirtschaft im Laufe dieses Jahres. Der klassenkämpferische Angriff der SPD gegen die deutschen Unternehmen, verbunden mit dem Vorwurf eines Investitionsstreiks, ist Gift für den beginnenden Wirtschaftsaufschwung.

Jedes Unternehmen kann sich leicht ausrechnen, was ihm blühen würde, wenn die für einen solchen Klassenkampf Verantwortlichen die deutsche Wirtschaftspolitik wieder in die Hände bekommen sollten. Da das Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei nur zusammen mit den Grünen-Alternativen verwirklicht werden kann, würde ein Wahlsieg der SPD jede Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung zerstören. Eine Finanzierung dieses Wahlprogramms ist nur durch eine massive weitere Staatsverschuldung möglich. Die Folge wäre, daß die Zinssenkungen der letzten Woche wieder rückgängig gemacht werden müßten.

Darüber hinaus will der Spitzenkandidat der SPD, Hans-Jochen Vogel, auch die Wohnungsbaupolitik der neuen Bundesregierung ändern und damit die zur Zeit wichtigste Antriebskraft für den wirtschaftlichen Aufschwung lahmlegen. Die Angst der Unternehmen und Betriebsräte vor einer rotgrünen Wirtschaftspolitik ist daher mehr als berechtigt. Wir wissen aus den demoskopischen Umfragen und aus täglich Hunderten von Briefen und Telefonanrufen, daß die ganz überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer die Sorgen der Unternehmer in diesem Punkt teilt. Arbeitnehmer und Unternehmer wollen gemeinsam aus der Wirtschaftskrise heraus, und daher Partnerschaft statt Klassenkampf.

Allein die Änderung der Wohnungsbaupolitik durch eine von der SPD geführte Regierung würde mindestens 200 000 Bauarbeitern ihren Arbeitsplatz zusätzlich kosten und hätte negative Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der Möbelindustrie, der Textilindustrie, bei der Stahlindustrie und bei den Elektroherstellern. Die Arbeitnehmer in diesen Bereichen müssen daher wissen, daß sie ihre eigenen Arbeitsplätze gefährden, wenn sie am 6. März SPD wählen sollten.

Während der SPD-Kandidat Vogel und sei-

ne Partei sogar in Flugblättern von einer „Erpressungs-Kampagne“ sprechen, hat NRW-Wirtschaftsminister Prof. Reimund Jochimsen (SPD) festgestellt (7. Februar 1983), in Nordrhein-Westfalen gebe es keinerlei Anzeichen für einen sogenannten Investitionsstreik der Unternehmer. Er könne nicht die Rede davon sein, daß große Teile der Unternehmerschaft Aufträge mit einer auflösenden Klausel für den Fall versehen hätten, daß am 6. März die jetzige Regierung abgelöst werde.

Und das schreibt die Presse

Die „Kölnische Rundschau“ schreibt (8. Februar 1983): „Mit ihrer Kampagne verfolgen die Opposition und ihre Mitstreiter nach der Devise: ‚Haltet den Dieb!‘ Sie sollen den Popanz einer mit der Unternehmerschaft — als wenn diese ein einheitlicher und leicht manipulierbarer Block wäre — verfilzten Union aufbauen.“

In der „Die Welt“ heißt es (8. Februar 1983): „Getroffener Hund jault. Die SPD muß sich getroffen fühlen, denn ihr Kanzler Schmidt ist gestürzt worden, weil seine Regierung unfähig war, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen und gleichzeitig der Wirtschaft Wachstumsanstöße zu geben. Jetzt geschieht das Merkwürdige, daß die SPD mit ihrer Investitionsstreik-Kampagne alle Bürger daran erinnert, warum Schmidt heute ein Altkanzler ist.“

Und der „Generalanzeiger“, Bonn, schreibt (8. Februar 1983): „Auch diese SPD-Taktik wird nicht aufgehen. Wer beispielsweise mit den Grünen flirtet oder gar wochenlang mit ihnen verhandelt, darf sich nicht wundern, wenn dies nicht gerade als Investitionsanreiz verstanden wird. Unternehmerische Zurückhaltung ist allerdings in erster Linie das Ergebnis nüchterner Einschätzung von Risiko und Gewinn. Das wissen auch die meisten Betriebsräte.“

■ GEWERKSCHAFTEN

Helmut Kohl versichert allen Arbeitnehmern: Auf die CDU ist Verlaß

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte auch Bundeskanzler Helmut Kohl seine „Prüfsteine“ mit der Bitte um Stellungnahme übersandt. In seiner Antwort an den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit schreibt Helmut Kohl:

Die CDU stimmt mit dem DGB darin überein, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der finanziellen Grundlagen unseres sozialen Netzes die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben sind. Die Politik der CDU ist darauf gerichtet, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen sowie soziale Gerechtigkeit für alle wiederherzustellen. Mit ihrem Dringlichkeitsprogramm hat die Bundesregierung Schritte in dieser Richtung unternommen. Wir wissen: keine Politik kann die gewaltigen Hypothesen der Vergangenheit kurzfristig tilgen. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Wir verschieben aber auch nichts auf morgen, was wir heute leisten können. Die Bilanz kann sich sehen lassen: wir haben einen soliden Haushalt vorgelegt, dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben und den dort Beschäftigten neue Chancen gegeben, die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Wir haben ferner — der Forderung in den DGB-Prüfsteinen entsprechend — die Talfahrt bei den öffentlichen Investitionen gestoppt und den Investitionsanteil im Bundeshaushalt erhöht.

Auch im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes werden wir Zu-

kunftsinvestitionen eine größere Chance geben, als dies bei der alten Bundesregierung der Fall war. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, bei der der DGB „besondere Anstrengungen“ fordert, werden wir vorrangig annehmen. Dies gilt für unsere nationalen und unsere europäischen Bemühungen gleichermaßen. Im Bundeshaushalt für 1983 haben wir hierfür über 200 Millionen DM zusätzlich eingesetzt.

Erste Erfolge unserer Politik werden sichtbar: die Geldentwertung geht zurück, die Zinsen sinken, die Bauanträge haben sich verdoppelt. Es gilt, diesen von der Bundesregierung beschrittenen Weg konsequent weiterzugehen. Es wäre gerade für Arbeitnehmer verhängnisvoll, wenn zu einer Politik zurückgekehrt würde, die in Massenarbeitslosigkeit, sozialen Abstieg, Firmenzusammenbrüche und zerrüttete Staatsfinanzen geführt hat.

Der DGB will mit seinen Wahlprüfsteinen einen Beitrag zur politischen Willensbildung leisten. Dabei erhebt der DGB den Anspruch, daß „nicht parteipolitische Erwägungen, sondern einzig und allein die Interessen der Arbeitnehmer... Maßstab“ seien. Dieser Anspruch erfordert es, daß der DGB nicht nur zu jeder Wahl Wahlprüfsteine erstellt, sondern die Politik der Parteien — sachlich und objektiv — an seinen Wahlprüfsteinen mißt.

Die CDU bedauert es deshalb, daß nach 13 Jahren SPD-geführter Bundesregierung der DGB mit Blick auf die Prüfsteine von 1972, 1976 und 1980 bislang keine kritische Bilanz der SPD-Politik über „ver-

sprochen und nicht gehalten" vorgelegt hat. Dies wäre eine wichtige Entscheidungshilfe für die Arbeitnehmer gewesen. Den Arbeitnehmern ist nämlich nicht mit Versprechen gedient, sondern nur mit einer arbeitnehmerorientierten Politik, die Arbeitsplätze schafft und sichert.

Die CDU teilt die Auffassung des DGB, daß „die Lasten der Wirtschaftskrise sozial gerecht verteilt werden müssen“. Die CDU wird sich, was die soziale Ausgewogenheit angeht, von niemanden übertreffen lassen. Im Gegensatz zur SPD haben wir z. B. beim Kindergeld Einkommensgrenzen eingeführt. Wir haben dadurch sichergestellt, daß nur Besserverdienende Kürzungen beim Kindergeld hinnehmen müssen. Kein Arbeiter, kein Facharbeiter, kein kleiner und mittlerer Angestellter und Beamter bekommt sein Kindergeld auch nur um einen Pfennig gekürzt. Demgegenüber hat die SPD die Witwen und den Arbeiter genauso belastet wie den Generaldirektor. Mit dieser unsozialen Politik haben wir Schluß gemacht.

Aus sozialen Gründen wollen wir auch die Rückzahlbarkeit der Investitionshilfe-Abgabe wieder aufheben. Die SPD war in ihrer Regierungszeit zu einer solchen Maßnahme nicht imstande.

Übereinstimmung zwischen DGB und CDU besteht auch in den Zielen, Subventionsmißbrauch, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung zu bekämpfen.

Nach einem über zehnjährigen Stillstand in der Vermögenspolitik wird die Bundesregierung in der neuen Legislaturperiode unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Förderung der Vermögensbildung vorlegen. Dadurch kommen wir auch der Forderung des DGB nach einem „durch die Tarifvertragsparteien gestaltbaren“ gesetzlichen Rahmen für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer nach. Die Aussagen des DGB zur Rentenpolitik stimmen mit den Zielen der Union voll überein.

Über die Gemeinsamkeiten zwischen DGB und CDU hinaus muß aber auch auf Widersprüche in den Wahlprüfsteinen des DGB hingewiesen werden. Eine Reihe von Forderungen des DGB sind mit hohen Kosten verbunden. Sie sind nicht zu vereinbaren mit den vom DGB selber als die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben genannten Zielen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Festigung der finanziellen Grundlagen unserer sozialen Sicherung. Die CDU wird konsequent am Prinzip festhalten, nicht mehr zu versprechen als sie halten kann. Die sichtbar werdenden wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolge dürfen nicht gefährdet werden; das wachsende Vertrauen der Menschen, daß es in Deutschland wirtschaftlich und damit auch für die Beschäftigung wieder aufwärts geht, darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Wir wollen die konstruktive Zusammenarbeit mit dem DGB. Der Dialog ist besonders dort notwendig, wo Meinungsverschiedenheiten bestehen. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Festigung der finanziellen Grundlagen unseres sozialen Netzes müssen von den Bürgern Einschränkungen verlangt werden. Diese großen Aufgaben können Regierung und Parlament nicht ohne Mitarbeit der Verbände bewältigen. Wir fordern den DGB auf, im Interesse aller Arbeitnehmer und des Gemeinwohls mit der Regierung zusammenzuarbeiten. An unserer Bereitschaft dazu wird es nicht fehlen.

Mit dem DGB stimmen wir auch überein, daß „die Sicherung des Friedens... das vorrangige Ziel der internationalen Politik sein“ muß. Unions-Außenpolitik war vom ersten Tag an Friedenspolitik. Wir wollen Frieden und Freiheit. Dabei wissen wir: Frieden und Freiheit können wir in Europa und in der Welt nur gemeinsam mit unseren Freunden im westlichen Bündnis er-

(Fortsetzung Seite 11)

■ DIE SPD SAGT, RICHTIG IST . . .

Die Wahrheit über die SPD-Plakate

Motiv Neue Medien

Plakattext:

„Wenn es jetzt mit der Verkabelung noch mehr Fernsehen gibt, hängen die Kinder nur noch vor der Glotze.“

Hans-Jochen Vogel: „Ich bin für neue Medien, aber ich glaube, unsere Familien und unsere Kinder brauchen im Grunde eher weniger als mehr Fernsehen.“

Tatsache ist:

Mit Erstaunen muß man feststellen, daß sich der Kandidat für neue Medien ausspricht. In der Regierungsverantwortung hat sich die SPD immer nur als Behinderer dieser neuen Technologie betätigt. Die Ansicht des Kandidaten, wieviel Fernsehen für die Familien und Kinder gut ist, hat keine politische Bedeutung. Es sei denn, die SPD in ihrer Regelungswut wollte den Familien vorschreiben, wann wer Fernse-

(Fortsetzung von Seite 10)

halten. Ebenso wie der DGB wollen wir Entspannung und Abrüstung. Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen. Unser wichtigstes aktuelles außenpolitisches Ziel ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstung und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau — unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.

Ich darf Ihnen und allen Arbeitnehmern versichern: Auf die CDU ist Verlaß, wenn es um die Sicherung des inneren und äußeren Friedens geht. Wir haben dies auch in der Regierungsverantwortung unter Beweis gestellt.

hen schauen darf. Letzteres ist nicht so abwegig, wie es zunächst klingt. Schließlich wollte auch schon einmal ein SPD-Kanzler aus Hamburg den Bürgern verordnen, an welchem Abend sie kein Fernsehen schauen dürfen.

Die CDU will mit den neuen Medien das Programmangebot vergrößern. Dies muß keineswegs bedeuten, daß der einzelne mehr als bisher vor dem Fernsehgerät sitzt. Die CDU geht in ihrer Politik vom mündigen Bürger aus. Dieser kann selbst entscheiden, ob er fernsehen will und welches Programm er unter dem größeren Angebot auswählt. Mit der Politik der CDU wird die Entscheidungsfreiheit der Bürger vergrößert.

Und es darf außerdem nicht vergessen werden, daß mit der Einführung neuer Medien wesentlich mehr erreicht wird als die Ermöglichung von ein paar mehr Fernsehprogrammen. Mit der Verkabelung hält die Bundesrepublik Deutschland Anschluß an neue moderne Technologien. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Motiv Arbeitsgesetz

Plakattext:

„Ich schaffe mich kaputt, und viele Kollegen sind arbeitslos. Das ist doch nicht in Ordnung.“

Hans-Jochen Vogel: „Durch Kürzungen der Arbeitszeit muß die Arbeit gerechter verteilt werden. Dazu gehört auch ein neues Arbeitszeitgesetz. Ich werde es als Bundeskanzler unverzüglich einbringen.“

So kurz ist das Gedächtnis der Bürger nicht

SPD-Kandidat Vogel muß auf ein sehr kurzes Gedächtnis der Bürger spekulieren, wenn er in seinem „Schattenkabinett“ für das Finanzressort den geschichteten SPD-Minister Lahnstein präsentiert; denn gerade dieser war maßgeblich beteiligt am Weg der Schmidt-Regierung in den Steuer- und Abgabenstaat. Der Name Lahnstein steht für überhöhte Schuldenaufnahme, Steuererhöhungen, Schönfärberei, stellt MdB Michael Glos fest.

Die Häufung und Rücksichtslosigkeit der Verbrauchssteuererhöhungen in den letzten 24 Monaten der Schmidt-Regierung sind beispiellos:

- zum 1. April 1981 die Mineralölsteuer um 7 Pfennig — einschließlich Mehrwertsteuer: um 8 Pfennig — sowie die Branntweinsteuer;
- zum 1. April 1982 nochmals die Branntweinsteuer sowie die Schaumweinsteuer;
- zum 1. Juni 1982 die Tabaksteuer, wodurch sich eine Zigarettenpackung um ein Drittel von 3 auf 4 Mark verteuerte;
- zum 1. Juli 1982 die Postgebühren um rund 30 Prozent („Poststeuer“).

Für diese Politik zeichnete Lahnstein als Finanzminister seit April 1982 verantwortlich. Statt Fehlentwicklungen seines Vorgängers Matthöfer korrigieren zu helfen, hat er die Steuerschraube noch fester angezogen. Wo immer Deckungslücken im Bundeshaushalt auftraten, fiel Lahnstein nur ein, noch mehr Schulden zu machen und die Abgaben zu erhöhen. Wer am 6. März SPD wählt, muß deshalb wissen, wie Sozialdemokraten ihre Politik finanzieren: über Schulden und Steuererhöhungen.

Tatsache ist:

Die SPD hat uns Massenarbeitslosigkeit hinterlassen. 2½ Millionen Arbeitslose in diesem Winter sind das Ergebnis ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik, für die sie heute gerne ihre Verantwortung verschweigt.

Im Dezember hat die SPD den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes im Bundestag eingebracht. Was in 13 Jahren SPD-Regierung unterlassen wurde, sollte nun als Schauantrag noch Punkte für den Wahlkampf bringen. Der Gesetzentwurf will die zulässige Arbeitszeit auf 40 Stunden beschränken und sieht eine Genehmigungspflicht für Überstunden durch die Aufsichtsbehörden nach Anhörung des Arbeitssamtes vor. Überstunden sollen auf maximal 4 pro Woche begrenzt werden.

Dieses Gesetz aber schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern reglementiert die vorhandenen und führt somit zur Vernichtung von Arbeit.

Für 96% der Arbeitnehmer gilt bereits tarifvertraglich die 40-Stunden-Woche, die restlichen wären auch von diesem Gesetz größtenteils nicht erfaßt worden. Mittelständische und kleine Betriebe sind aber zur Erfüllung von Auftragsspitzen und kurzfristigen Kundenwünschen dringend darauf angewiesen, ihre Arbeitszeit flexibel gestalten zu können. Konditoren, Schreiner, Reparaturbetriebe und andere Handwerker können nicht viele Wochen vorher einen langwierigen Verwaltungsweg zur Genehmigung nicht vorhersehbarer Überstunden bestreiten.

■ ARGUMENTE

Belastende Maßnahmen der früheren Bundesregierung, die sich auf die Bürger erstmalig im Jahre 1983 voll auswirken

1. Maßnahmen, die unter der früheren Bundesregierung bereits gesetzlich geregelt wurden

Grundlage:

- Subventionsabbaugesetz vom 26. Juni 1981
- 2. Haushaltsstrukturgesetz vom 22. Dezember 1981
- Renten Anpassungsgesetz vom 1. Dezember 1981
- 6. BAFÖG-Änderungsgesetz vom 16. Juli 1979

Maßnahmen

Einschränkung der Sparförderung

- Senkung des Prämiensatzes beim Bausparen um 4 v.-H.-Punkte
- Beseitigung der Doppelförderung durch Arbeitnehmer-sparzulage und Sparprämie bzw. Wohnungsbauprämie bzw. Sonderausgabenabzug

Einschränkungen beim BAFÖG

- Absenkung der Sozialpauschale und Anpassung der Höchstbeträge
- Absenkung des zusätzlichen Freibetrages für „Doppelverdiener“ von 185,— DM auf 140,— DM monatlich

Wegfall von Zusatzleistungen (Schulgeld und Gebühren beim Besuch privater Ausbildungsstätten, Fahrtkosten, Familienheimfahrten, Lern- und Arbeitsmittel, Studienfahrten)

- **Auslaufende Förderung** des 10. Berufsfachschuljahres (alle Formen der Berufsgrundbildung) zum **31. Juli 1983**

Steuerliche Regelungen

- Anhebung des steuerpflichtigen Ertragsanteils bei der Besteuerung von Leibrenten (§ 21 Nr. 1 EStG)

- Berücksichtigung des Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeldes sowie der Arbeitslosenhilfe im Lohnsteuerjahresausgleich (Progressionsvorbehalt nach § 32b EStG)

Bemerkungen

Regelung im SubvAbG, wirksam 1983, Einsparvolumen 510 Mio. DM

Regelung im SubvAbG, wirksam 1983, Einsparvolumen 510 Mio. DM

Regelungen des 2. HStruktG ab **1. Juli 1982**, voll wirksam **1983**

Regelungen des 2. HStruktG ab **1. Juli 1982**, voll wirksam **1983**

Regelungen des 2. HStruktG ab **1. Juli 1982**, voll wirksam **1983**

Befristete Regelung im 6. BAFÖG-ÄndG

Gesetzl. **Regelung bereits für 1982, Auswirkung i. w. ab 1983**; Neuberechnung unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 v. H. und der letzten Allgemeinen Deutschen Sterbetafel 1970/72; Regelung betr. haupts. Altersrentner (frühere Arbeitnehmer)

Diese weiterhin steuerfreien Lohnersatzleistungen führten häufig zu ungerechtfertigten Steuervorteilen beim Lohnsteuerjahresausgleich; **gesetzliche Regelung bereits für 1982, kann jedoch vom Arbeitgeber** beim laufenden Lohnsteuerabzug **nicht berücksichtigt werden**

- Einschränkung der Ausbildungsfreibeträge (§ 33a Abs. 2 EStG)
 - Ausschluß des anrechnungsfreien Betrages für öffentliche Zuschüsse
 - für Kinder im Ausland

■ Ausdehnung der pauschalierten Nutzungswertermittlung nach § 21 a EStG auf alle in vollem Umfang zu Wohnzwecken genutzten Häuser

— Zinsanhebung für öffentliche Baudarlehen (Ausführung durch die Länder im Ordnungswege überwiegend im 2. Halbjahr 1982 mit voller Wirkung ab 1. Januar 1983)

— Fehlbelegungsabgabe für mit öffentlichen Mitteln geförderte Mietwohnungen

— Zahlung von Krankenversicherungsbeiträgen in Höhe von 6 v. H. für rentenähnliche Nebeneinkünfte ab 1. Januar 1983

2. Maßnahmen, die von der **früheren Bundesregierung beschlossen** und von der **neuen Regierung** — zum Teil mit geringfügigen Änderungen — **übernommen** worden sind aus folgenden **Geszentwürfen**:

- Einkommensteueränderungsgesetz 1983
- 6. Rentenversicherungsänderungsgesetz
- Gesetz zur Änderung sozialrechtlicher Vorschriften

(Gesetzliche Regelungen jetzt: Haushaltsbegleitgesetz 1983 vom 20. Dezember 1982)

Maßnahmen

— Begrenzung der Vorsorgepauschale (§ 10 c EStG) für nicht rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer

— Stufenweise Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages der Rentner (1 v. H. ab **1. Juli 1983**)

— Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um **0,6 v. H.** von 4 auf **4,6 v. H.** ab 1. Januar 1983

— Erhöhung der Rezeptblattgebühr von 1,50 auf **2,— DM**

— Zuzahlung von **10,— DM/Tag** durch den Versicherten bei Kuren

— Zuzahlung von **5,— DM/Tag** für **14 Tage** bei Krankenhausaufenthalt, jedoch **nicht** für Kinder unter 18 Jahren

— Ausschluß der Erstattung von Bagatel-arzneimitteln

Gesetzl. **Regelung** bereits für 1982; steuerliche **Auswirkung ab 1983** im Rahmen des **LStJA** bzw. der **ESt-Veranlagung 1982**

Gesetzl. Regelung bereits für 1982; Beseitigung der sog. Mitnahmeeffekte bei unechten Zweifamilienhäusern; die Neuregelung erfaßt neben Zweifamilien- ggf. auch Mehrfamilienhäuser, wenn der Grundstückseigentümer alle Wohnungen bewohnt; **steuerliche Auswirkung in nennenswertem Umfang erst durch ESt-Veranlagung für 1982 in 1983**

Folgen: Erhöhung der

- Mieten für Sozialwohnungen
- Belastungen für geförderte Eigenheime

Erhebung durch Gemeinden (über 300.000 Einw.) soweit von der jew. Landesregierung durch RechtsVO ermächtigt

Renten Anpassungsgesetz 1982; **Belastung der Rentner für 1983:** 600 Mio. DM

Bemerkungen

unverändert übernommen.
Regelung betrifft überwiegend Beamte und Beamtenpensionäre sowie weiterbeschäftigte Altersrentner; der Arbeitgeber muß künftig den LSt-Abzug nach zwei verschiedenen Lohnsteuertabellen vornehmen.

Frühere Regierung:
1 v. H. ab **1. Januar 1983** (6. RVÄndG)

Frühere Regierung:
Erhöhung um **0,5 v. H.** (6. RVÄndG)

unverändert übernommen

unverändert übernommen

Frühere Regierung:
Begrenzung auf **7 Tage**, jedoch **einschließlich** Kinder

unverändert
Frühere Regierung: einschl. „Luxusmedizin“

■ ARGUMENTE

Die Zweitstimme ist entscheidend

Beim Bundestagswahlssystem handelt es sich um ein mit der Personenwahl verbundenes Verhältniswahlrecht, also um eine Mischung von Personen- und Listenwahl.

Von den 496 Abgeordneten — ohne die 22 mittelbar gewählten Berliner Abgeordneten — werden gewählt:

- 248 Direktabgeordnete in den Wahlkreisen, nach den Regeln des relativen Mehrheitswahlrechts mit der Erststimme.

- 248 Abgeordnete über die Landeslisten der Parteien in Form der Listenwahl, nach den Regeln der Verhältniswahl mit der Zweitstimme.

Jeder Wähler verfügt also über zwei selbständige Stimmen.

Mit der Erststimme, die in der linken (schwarzgedruckten) Spalte des Stimmzettels abzugeben ist, wird der Direktbewerber (Wahlkreisabgeordnete) gewählt. Gewählt ist derjenige Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt; es genügt also die einfache (relative) Stimmenmehrheit. Eine weitere Bedeutung hat die Stimme nicht; sie hat insbesondere keine Auswirkung auf die Sitzverteilung.

Mit der Zweitstimme, die auf der rechten (blaugedruckten) Spalte des Stimmzettels abzugeben ist, entscheidet sich der Wähler für die Landesliste einer Partei. Dort sind nur die Namen der fünf ersten Bewerber ausgedruckt.

Nur die Zweitstimme ist für die Sitzverteilung auf die Parteien ausschlaggebend.

Die Verteilung der 496 Bundestagssitze auf die Parteien geschieht wie folgt:

- Der Bundeswahlausschuß stellt aufgrund der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen fest, wie viele Sitze jeder Partei nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren insgesamt im Bundesgebiet zustehen. Dabei werden nur Parteien berücksichtigt, die im Wahlgebiet mindestens 5% der Zweitstimmen erhalten oder mit Erststimmen in wenigstens drei Bundeswahlkreisen direkt Mandate errungen haben.

- Die so errechnete Anzahl der Sitze wird dann auf die Landeslisten der Parteien weiterverteilt. Bereits in den Wahlkreisen eines Landes direkt gewonnene Mandate werden dabei von der für jede Landesliste einer Partei festgestellten Mandatszahl abgezogen. Die dann noch verbleibenden Sitze werden von den Bewerbern auf der Landesliste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt.

Es ist wichtig, bei jeder nur möglichen Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß der Wähler mit seiner Erststimme seine persönliche Vertretung in den Deutschen Bundestag wählt, und daß er allein mit seiner Zweitstimme über die Anzahl der Sitze der von ihm bevorzugten politischen Partei entscheidet. Die Zweitstimme ist also keine „Zweit“-Stimme, sondern die entscheidende Stimme!

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

WAHLKAMPF-TERMINE

11. Februar 1983

Lübeck

Zielgruppengespräch

Beginn: 13 Uhr

Kurt H. Biedenkopf

11. Februar 1983

Reinbeck

Pressegespräch

Beginn: 15 Uhr

Ernst Albrecht

11. Februar 1983

Lübeck

Pressegespräch

Beginn: 15 Uhr

Kurt H. Biedenkopf

11. Februar 1983

Reinbeck

Zielgruppengespräch

Beginn: 17 Uhr

Ernst Albrecht

11. Februar 1983

Stockelsdorf

Zielgruppengespräch

Beginn: 17 Uhr

Kurt H. Biedenkopf

11. Februar 1983

Einbeck

Öffentliche Veranstaltung

Beginn: 17 Uhr

Hanna-Renate Laurien

11. Februar 1983

Gifhorn

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 17 Uhr

Richard von Weizsäcker

11. Februar 1983

Pinneberg

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 20 Uhr

Ernst Albrecht

11. Februar 1983

Lübeck-Travemünde

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 20 Uhr

Kurt H. Biedenkopf

11. Februar 1983

Vienenburg

Öffentliche Veranstaltung

Beginn: 20 Uhr

Hanna-Renate Laurien

11. Februar 1983

Celle

Öffentliche Versammlung

Beginn: 20 Uhr

Richard von Weizsäcker

12. Februar 1983

Kiel

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 11 Uhr

Helmut Kohl

14. Februar 1983

St. Peter-Ording

Öffentliche Wahlversammlung

Beginn: 13 Uhr

Bernhard Worms

15. Februar 1983

Herford

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 18.30 Uhr

Richard von Weizsäcker

15. Februar 1983

Bad Salzuflen

Öffentliche Veranstaltung

Beginn: 20.15 Uhr

Richard von Weizsäcker

16. Februar 1983

Bielefeld

Pressegespräch

Beginn: 12 Uhr

Richard von Weizsäcker

16. Februar 1983

Ratingen

Öffentliche Veranstaltung

Beginn: 16 Uhr

Richard von Weizsäcker

16. Februar 1983

Wetterau

Öffentliche Kundgebung

Beginn: 20 Uhr

Gerhard Stoltenberg

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinrich Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41-11. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann, (BLZ 370 100 50) Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 370 100 50) Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId